



Foto: AP

GÖTTINGER ERKLÄRUNG

Mehr **Eigenverantwortung** mehr Freiheit, weniger Staat

Gemeinsam mit den beiden Spitzenkandidaten bei den Landtagswahlen am 2. Februar, Roland Koch und Christian Wulff, trat Angela Merkel nach der Klausur des Bundesvorstands in Göttingen vor die Presse:

„KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND“ – diese Überschrift stand über den Beratungen am 10. und 11. Januar und steht auch über

der „Göttinger Erklärung“ – das bedeutet: „eine Politik, die den Mut hat, Wahrheiten auszusprechen, statt sie durch Lügen zu verdecken“.

Angela Merkel: „Auf diese Weise werden wir in diesem Jahr die Weichen für Reformen bei der Einwanderung stellen, bei der inneren und äußeren Sicherheit und bei den sozialen Sicherungssystemen.“

Fortsetzung Seite 2

INHALT

NIEDERSACHSEN

Christian Wulff: Rot-Grün können die Menschen sich nicht leisten.

Wahlkampfauftakt

SEITE 4-5

HESSEN

Jetzt geht's los! Roland Koch und die CDU

Hessen starten heiße Phase des Wahlkampfes

SEITE 6-7

DOKUMENTATION

Kurswechsel für Deutschland. Göttinger Erklärung

■ Wirtschaftsvertreter loben die konstruktive Haltung der Union (Seite 8–9) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer zum Null-Wachstum der Wirtschaft (Seite 9) ■ Dietrich Austermann: Die Aufforderung aus Brüssel ist die finanzpolitische Bankrotterklärung von Rot-Grün (Seite 10–11) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und zur „Großoffensive“ der SPD in Sachen Mittelstand (Seite 11) ■ Erwin Marschewski: Vertreibungsdekrete auf dem Weg nach Europa überwinden (Seite 12) ■ Friedbert Pflüger: Umfallen auf Raten in die richtige Richtung. Regierung hat längst Beteiligung am Irak-Krieg zugesagt (Seite 14–17) ■ Jochen Borchert: Beim Klonverbot handeln (Seite 18) ■ CDU trauert um Wilfried Hasselmann (Seite 19) ■ „Das Land braucht einen radikalen Kurswechsel“ – Pressekommentare zum Arbeitsmarkt (Seite 21 – 22)

Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben **konzentrieren**

Fortsetzung von Seite 1

Reformziel ist und bleibt – wie es auch im Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl steht: 3 mal 40, also die Senkung des Spitzensteuersatzes, der Sozialabgaben und der Staatsquote auf jeweils maximal 40 Prozent.

Zur Verbesserung der Situation in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt setzt die CDU auf Bürokratieabbau. Unnötige Verordnungen und Gesetze würden eine positive Entwicklung auf diesem Gebiet behindern. Bund, Länder und Kommunen müssten sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, denn weniger Staat sei besser für die Menschen.

Überlange Ausbildungszeiten verkürzen

Eine verlässliche Rente soll unter anderem dadurch gesichert werden, dass die

effektive Lebensarbeitszeit ohne Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze um drei Jahre verlängert wird. Erreicht werden kann dies durch die Verkürzung überlanger Ausbildungszeiten in Schule (Abitur nach 12 Jahren) und Hochschule sowie durch die Abschaffung der Anreize für einen vorzeitigen Ruhestand.

Familienförderung verbessern

Weitere Ziele eines politischen Kurswechsels sind ein bezahlbares Gesundheitswesen, eine durchgreifende Verbesserung der Familienförderung und eine Bildungspolitik nach dem Leitbild einer lernenden Gesellschaft.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sollen die Zuständigkeiten und das Zusammenwirken der deutschen Sicherheits- und Justizbehörden ein-

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Keine Volksabstimmung über die Türkei

Ein möglicher EU-Beitritt der Türkei ist eine sehr grundsätzliche Frage, die die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union berührt. Wir als CDU wollen eine starke politische Union, kein nur locker zusammengefügtes Gebilde.



schen Union zu benennen. Sinnvoll wäre stattdessen eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei – unterhalb der Ebene der EU-Mitgliedschaft.

Deshalb gibt es strenge Kriterien für den Beitritt neuer Mitglieder, von deren Erfüllung die Türkei noch weit entfernt ist. Und genau aus diesem Grund darf die Aufnahme der Türkei in die EU nicht einfach über die Köpfe der Menschen hinweg beschlossen werden.

Die rot-grüne Bundesregierung aber ist in der Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei vorgeprescht, ohne die Folgen für die weitere Vertiefung der Europäi-

Die im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen sind die ideale Gelegenheit für die Bürger, über die Zukunft der Europäischen Union und damit auch über einen Türkei-Beitritt abzustimmen. Bei den grundsätzlichen politischen Entscheidungen der Nachkriegszeit – ob etwa beim Nato-Beitritt oder bei der Euro-Einführung – hat sich unsere parlamentarisch-repräsentative Demokratie bewährt. Aus gutem Grund haben die Väter unseres Grundgesetzes Volksentscheidungen auf Bundesebene abgelehnt. Dabei soll es bleiben.

schließlich Bundeswehr neu gestaltet werden. Zur Neuregelung der Zuwanderung wiederholt die CDU ihr Angebot zur Kooperation mit der rot-grünen Koalition. Entscheidend aber sei, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, der dem Ziel gerecht wird, die Zuwanderung nach Deutschland wirksam zu steuern und zu begrenzen.

Gegen Sonderwege

Außenpolitisch bleibt die CDU bei ihrer Ablehnung einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Zur Begründung heißt es unter anderem, eine Vollmitgliedschaft der Türkei würde die für das Ziel einer wirklichen politischen Union notwendige Integrationskraft überfordern. Zur Irak-Politik fordert die Partei die Bundesregierung auf, auf Sonderwege zu verzichten und sich wieder auf eine gemeinsame Politik mit den europäischen Partnern, den USA und der Weltgemeinschaft zu verständigen.

DIE SITUATION DEUTSCHLANDS

aus der Sicht von Wirtschafts- und Finanzexperten“ war das Thema eines Vortrags, mit dem der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungs-

fonds (IWF), **Horst Köhler**, am Samstag Morgen die Beratungen des Bundesvorstands in Göttingen über Wege zur Überwindung der schlechten Wirtschaftslage einleitete.

CHRISTIAN WULFF:

Rot-Grün können die Menschen in diesem Land sich **nicht leisten**

Mit diesem Ausruf traf CDU-Spitzenkandidat Christian Wulff die Stimmungslage der über 8.000 Teilnehmer beim CDU-Wahlkampfauftakt in Braunschweig. Das Ergebnis der Bundestagswahlen könne zwar nicht rückgängig gemacht werden, jedoch brauche Rot-Grün in Berlin Kontrolle.

Drei Jahre Gabriel seien genug, Gabriel werde abgewählt, ist sich Wulff sicher. Gabriel könne im Lande niemand mehr ernst nehmen. Die täglich neuen Vorschläge Gabriels haben inzwischen eine „Halbwertszeit von 90 Minuten“ erreicht. Danach müsse er sie wieder zurückziehen. Wulff: „Gabriel hat es fertig gebracht, dass Zeitungen, die über seine Vorschläge berichten, inzwischen Altpapier sind, bevor Sie gedruckt sind.“

Die Union sei immer die Partei für schwierige Zeiten gewesen. Als Hauptziele der CDU beschrieb der CDU-Spitzenkandidat, mit dem Unterrichtsausfall Schluss zu machen und härter gegen die Kriminalität durchzu-



Foto: Frank Ossenbrink

WAHLKAMPFAUF-
TAKT DER CDU IN
NIEDERSACHSEN
MIT 8.000
TEILNEHMERN

greifen. „Die Botschaft von Braunschweig lautet, Niedersachsen wird wieder vorne dabei sein, die CDU ist wieder da“, rief der CDU-Oppositionsführer. Gleich-

zeitig schärfte Wulff aber den über 8.000 Anhängern der CDU immer wieder ein, dass bis zum Wahltag um jede Stimme gekämpft werden muss.

„Ich wünsche mir mit allen Fasern, dass dieses großartige Land einen seriösen Ministerpräsidenten bekommt“, sagte Edmund Stoiber. Show und Rede seien gut, Inhalt und Sub-

Zukunftsteam Niedersachsen



stanz aber mangelhaft. Es gehe aber auch um das Signal: So kann es in Berlin nicht weitergehen. Auch Zuwanderung und die Frage eines EU-Beitritts der Türkei stehen zur Wahl. Die Menschen dürfen dabei nicht „überfordert“ werden, meinte Stoiber.



Eine wichtige Weichenstellung für Deutschland

Die Parteivorsitzende Angela Merkel griff Gabriel scharf an. Er habe sich mit seinen lockeren Sprüchen zynisch verhalten und lande „einen Flop nach dem anderen“. „Die Niedersachsen-Wahl ist eine weitere wichtige Weichenstellung für Deutschland.“

■ Hans-Heinrich Ehlen, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verbraucherschutz und den ländlichen Raum ■ Josef Schlarmann, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ■ Bernd Busemann, Kultusministerium ■ Hartmut Möllring, Finanzministerium ■ Ursula von der Leyen, Ministerium für Soziales, Frauen und Familie und Gesundheit ■ Lutz Stratmann, Ministerium für Umwelt, Energie und Europa ■ Michael Buback, Ministerium für Wissenschaft und Kultur ■ Uwe Schünemann, Ministerium für Innen, Kommunen und Sport ■ Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerium ■ Lutz Stratmann, Ministerium für Umwelt, Energie und Europa



Foto: Frank Ossenbrink

Jetzt geht's los!

Über 2.000 Anhänger der CDU Hessen versammelten sich in den Kasseler Messehallen, um die Eröffnung der heißen Phase des Landtagswahlkampfes mitzerleben. Die Reden des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und der Parteivorsitzenden Angela Merkel begeisterten die Zuhörer.

Roland Koch machte in seiner Rede deutlich, dass Hessen unter Führung der CDU zum Erfolgsland geworden sei. „Wir haben Punkt für Punkt das eingelöst, was wir den Menschen vor der letzten Landtagswahl versprochen haben.“ Als Beispiel nannte Koch unter anderem die Erfüllung der Unterrichtsgarantie. Heute gebe es in Hessen 100.000 Unterrichtsstunden mehr als noch unter rot-grüner Regierungsverantwortung.

„Wir haben viel getan für Hessen, es gibt aber noch viel zu tun, damit Hessen auch in Zukunft Erfolgsland bleibt“, so der hessische Ministerpräsident. So sei im Bereich Bildung nach der Unterrichtsgarantie jetzt auch die Qualitätsgarantie zu erfüllen.

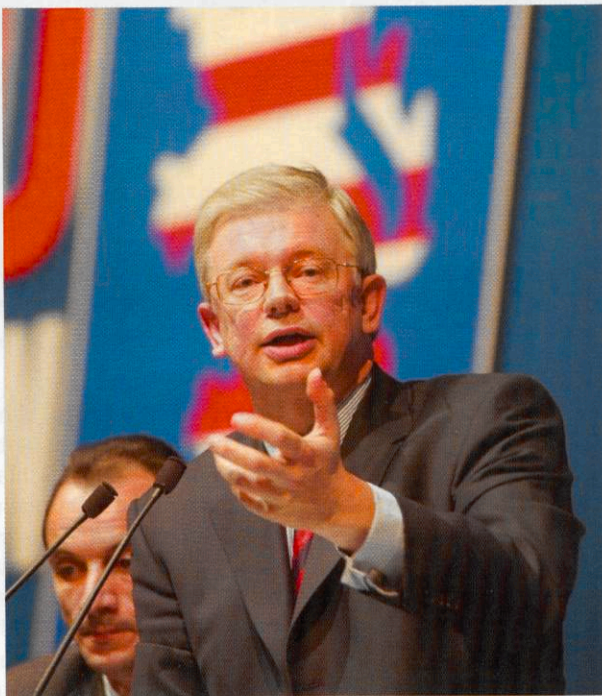


Foto: dpa

Trotz guter Umfrageresultate für die hessische CDU gelte es, bis zum 2. Februar um jede Stimme zu kämpfen, so Koch. Die Wahlen seien längst nicht entschieden.

Über den Bundesrat Rot-Grün kontrollieren

Angela Merkel schwor die CDU-Anhänger auf einen kurzen, aber sehr intensiven Wahlkampf ein. Sie be-

tonte, wie wichtig die Wahlen in Hessen für die Bundespolitik seien. Ein Sieg von Roland Koch und der hessischen CDU sei die Grundvoraussetzung dafür, dass die Union Rot-Grün über den Bundesrat kontrollieren könne. Und Rot-Grün müsse kontrolliert werden. Das politische Chaos, das die Schröder-Regierung in nur drei Monaten nach der Wahl verursacht habe, sei der beste Beweis dafür.



Erstmals **Rapid Response** im Landtagswahlkampf

Teams der CDU Hessen und der CDU-Bundesgeschäftsstelle haben am 9. Januar **Behauptungen**, die Bundeskanzler Schröder und Gerhard Bökel auf der SPD-Wahlkampfveranstaltung in Kassel aufgetischt haben, die harten **Fakten** gegenüber gestellt.

Ob es um Ganztagschulen geht oder um innere Sicherheit: Die SPD hat der erfolgreichen Politik der CDU in Hessen nichts entgegenzusetzen.

<http://>

Behauptungen und
Fakten im Einzelnen
unter: www.wahl-fakten.de und
www.cduhessen.de



Modernisierungs**offensive** in der hessischen Justiz

„Die von der Landesregierung mit viel Erfolg gestartete Modernisierungs-offensive der hessischen Justiz geht planmäßig voran“, hat Justizminister Christean Wagner zum Abschluss des Projekts im Landgerichtsbezirk Gießen erklärt.

In den vergangenen zwei Jahren seien folgende Maßnahmen umgesetzt worden:

- Vollverkabelung aller Gerichtsbehörden,
- EDV-Vollausstattung aller geeigneten Arbeitsplätze,
- Einführung aller zukunftsfähigen Justiz-Fachanwendungen,
- flächendeckende Umstrukturierung der Schreibdienste und Geschäftsstellen zu Serviceeinheiten sowie
- Einführung der kameraleen Budgetierung.

Das Gesamtvolumen der Investitionen habe mit circa 1,9 Mio. Euro unter dem sparsam kalkulierten Rahmen gelegen. Insgesamt verfüge der Landgerichtsbezirk Gießen über 528 moderne Arbeitsplätze mit aktueller EDV-Ausstattung. Das EDV-Netz der hessischen Justiz eröffne damit E-Mail-Kommunikation an allen Arbeitsplätzen. **UD**

Wirtschaftsvertreter loben die konstruktive Haltung der Union

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sind sich mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den großen Reformbedarf in Deutschland einig.

„Das Wirtschaften von einer Tasche in die andere löst die Probleme nicht“, sagte die Vorsitzende der Fraktion, Angela Merkel, nach einem Treffen am 14. Januar in Berlin.

Die Sozialversicherung und der Arbeitsmarkt müssten dringend reformiert werden.

Merkel sprach sich für betriebliche Bündnisse für Arbeit aus. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür müssten jetzt geschaffen werden. Die Bundesregierung habe es bislang versäumt, auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungssystemen die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.

Angela Merkel, CSU-Landesgruppenchef Michael Glos und Generalsekretär Laurenz Meyer hatten sich mit Spitzenvertretern der Bundesvereinigung der



Foto: dpa

Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) zu einem rund einstündigen Meinungsaustausch getroffen.

Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen

Die Fraktionschefin unterstrich anschließend, dass die Wirtschaftsvertreter das ehrgeizige Ziel der Union, die Staatsquote, die Sozial-

versicherungsbeiträge und den Spitzensteuersatz auf jeweils unter 40 Prozent zu senken, teilen würden. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe müsse umgehend verwirklicht werden, um die Spirale von immer weniger Wachstum und immer höherer Staatsverschuldung zu stoppen.

Sie kündigte weitere Vorschläge der Union zur Gesundheitspolitik und zur Rente nach der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes am 7. Februar an. Es sei erforderlich, das faktische Renteneintrittsalter zu erhöhen. Die Rentenversiche-

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

2003 wird zum dritten Stagnations-Jahr in Folge

Das Wirtschaftswachstum 2002 nahe Null, der zweit-schlechteste Wert seit der deutschen Einheit – diese jetzt vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen offenbaren die wirtschaftspolitische Hilflosigkeit der Regierung Schröder.



weiter abzuwürgen. Und der enge Zusammenhang von Wachstumszahlen und Arbeitslosigkeit lässt – angesichts der heute schon be-

nung stehe auch mittel- und langfristig vor Problemen, die nur mit einem demografischen Faktor zu lösen seien. Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Grundrente sei eine Lastenverschiebung an die Kommunen.

BDA-Präsident Dieter Hundt wies darauf hin, dass sich die Wirtschaftsverbände und die Union in der Grundrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik einig seien. Die Vorschläge der Union seien konstruktiv. Ausdrücklich dankte er der Union für ihre Mitwirkung bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze.

Durch die Haltung der Union sei es gelungen, die unsinnige Freistellungsregelung bei Kündigungen und das Brückegeld zu verhindern und bei den Mini-Jobs zu einer vernünftigen Regelung zu finden. Insgesamt sei die BDA jedoch mit den jüngsten Arbeitsmarktgesetzen wegen der Regelungen zur Zeitarbeit nicht zufrieden.

Handwerkspräsident Dieter Philipp forderte die Regierung zum Handeln auf. Die Zeit der Versprechen sei vorbei. Der Präsident des DIHK, Ludwig Georg Braun, lobte die konstruktiven Beiträge der Union, die Kraft für einen neuen Auf-

kannten Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute – Schlimmes für den Arbeitsmarkt in diesem Jahr befürchten. 2003 wird zum dritten Stagnations-Jahr in Folge. Schon jetzt ist Gerhard Schröders Amtszeit wie die keines anderen deutschen Kanzlers mit wirtschaftlichem Stillstand verbunden. Der Bundeskanzler sollte dringend auf die geplanten oder schon durchgeführten 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen verzichten, damit Wirtschaft und Arbeitnehmern nicht noch weiter die Luft zum Atmen genommen wird.

schwung geben könnten. Derzeit liege die Binnenkonjunktur danieder. Die Wettbewerbsfähigkeit der deut-

schen Wirtschaft müsse erhöht werden. Er hoffte auf weitere Fortschritte in der Arbeitsmarktpolitik. **UID**

EU-Aufforderung ist finanzpolitisch die **Bankrotterklärung** von Rot-Grün

Zum Ergebnis der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Haushalt erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bundesminister Clement hat jetzt eingestanden, dass das Wachstum geringer und die Neuverschuldung in 2003 höher ausfallen wird als bisher unterstellt. Der Bundesfinanzminister muss endlich einen ehrlichen Kasenssturz vornehmen und einen dritten Haushaltsentwurf vorlegen, der auf realistischen Wachstumsannahmen basiert. Dieser Haushalt muss die geringeren Steuereinnahmen, die zu erwarten werden, die zu höheren Arbeitsmarktausgaben und vor allem auch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst berücksichtigen.

Deutschland wird voraussichtlich auch in diesem Jahr das Maastrichter Defizit-Kriterium erneut verfehlen. Die EU-Kommission geht für das laufende Jahr von einem Wert von 3,1 Prozent aus. Brüssel fordert die Bundesregierung deshalb auf, die erforderlichen Maßnahmen zur Sanierung des Staatsdefi-



zits zu ergreifen. Die Aufforderung aus Brüssel ist eine Bankrotterklärung für die gesamte Koalition.

Zum Bundeshaushalt 2003 im Einzelnen:

ECKWERTE: Die Gesamtausgaben sollen sich 2003 auf 247,9 Mrd. € belaufen; sie liegen damit um 4,6 Mrd. € unter dem Nachtrag 2002. Die Steuereinnahmen betragen 202,4 Mrd. €, die Nettokreditaufnahme 18,9 Mrd. €. Die Eckwerte dürften die Haushaltsberatungen nicht überstehen. Es muss ein neuer Haushaltsentwurf vorgelegt werden.

STEUEREINNAHMEN: Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist gekennzeichnet durch eine kontinuierliche Erosion. Gegenüber den

Annahmen des Finanzplans aus dem Sommer 2000 fehlen rd. 20 Mrd. € - das sind knapp 10 % des Haushaltsvolumens. Es sind vor allem Mängel in der Struktur des Steuersystems, die zu der Erosion der Steuereinnahmen führen, etwa eine zu hohe Besteuerung der Arbeitseinkommen, eine Kombination von zu hohen Steuersätzen und zu vielen Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Bemessungsgrundlage. Darüber hinaus ist die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung vollständig gescheitert.

INVESTITIONEN: Die Investitionen belaufen sich auf 26,8 Mrd. €, wovon rd. 2,5 Mrd. € auf Fluthilfen („August-Hochwasser“) entfallen. Ohne diesen Sonderfaktor belaufen sich die Investitionen auf lediglich 24,3 Mrd. €. Die um Sonderfaktoren bereinigte Investitionsquote beträgt damit nur 9,8 %. Das ist ein neuer historischer Tiefststand!

RENTE: Der unverändert größte Einzelposten im Bundeshaushalt, die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung, steigen ge-

LAURENZ MEYER:

Tarifabschluss für die Kommunen zu hoch

Nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst hat Generalsekretär Laurenz Meyer finanzpolitische Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit gefordert. „Der Abschluss ist für die Kommunen sicher zu hoch“, erklärte er. Die CDU würde jedoch auch die Arbeitnehmer verstehen, die seit dem 1. Januar von der rot-grünen Bundesregierung geschöpft werden wie nie zuvor und deshalb einen Ausgleich haben wollten. Es sei zu befürchten, dass insbesondere in den Städten und Gemeinden Personal abgebaut werden müsse und notwendige Investitionen nicht getätigt werden könnten. Meyer forderte, dass „jetzt sofort in die Verhandlungen um die Reform der Gemeindefinanzen eingetreten“ werden müsse.

LAURENZ MEYER:

SPD-Pläne sind nur eine Beruhigungsspielle

Die von Clement angekündigte „Großoffensive“ für den Mittelstand hat Generalsekretär Laurenz Meyer eine „blanke Farce und Augenwischerei“ genannt. Als erste Maßnahme nach der Bundestagswahl habe Rot-Grün 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen in Höhe von rund 70 Milliarden beschlossen, denen auch der Bundeswirtschaftsminister zugestimmt hat. Wer gleichzeitig diese Steuererhöhungen mit Entlastungen von 35 bis 50 Millionen wegreden will, bei dem könne von ernsthafter Politik für den Mittelstand keine Rede sein. Meyer: „Die Pläne sind lediglich eine Beruhigungsspielle für die Betriebe. Die Kraft der Vorschläge reicht höchstens für ein paar Schlagzeilen. Sie gehen aber an den wirklichen Problemen des Mittelstands vorbei.“

gegenüber dem Vorjahr um über 5 Mrd. € auf nunmehr 77,3 Mrd. €. Sie erreichen damit 31,2 % der Gesamtausgaben des Bundes! Der Reformbedarf ist also offenkundig.

ARBEITSMARKT: Für die Arbeitslosenhilfe und die sonstigen Arbeitsmarktausgaben sind rund 12,6 Mrd. € in den Haushaltsentwurf eingestellt. Danach soll der Anteil der Arbeitsmarktausgaben an den Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr von 8 auf nur noch 5,1 Prozent abgesenkt werden. Dieser deut-

liche Rückgang lässt sich nur erzielen, wenn die Umsetzung des „Hartz-Konzepts“ Einsparungen in Milliardenhöhe bringt. Davon kann realistischlicherweise jedoch nicht ausgegangen werden. Ein Zuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit ist in 2003 nicht vorgesehen. Angesichts eines Defizits in 2002 von über 5 Mrd. € ist diese Annahme höchst skeptisch zu beurteilen. Im Übrigen hat der Präsident der BA, Florian Gerster, gerade bestätigt, dass die BA bei einem Wachstum von unter 1,5 Pro-

zent auch in 2003 einen Zuschuss in Milliardenhöhe benötigt.

PERSONAL: Der jetzt absehbare Tarifabschluss wird den Bund 2003 (bei entsprechender Übertragung auf die Beamten) etwa 500 Mio. € kosten. Reserven oder „Sparkassen“ dieser Größenordnung sind im Regierungsentwurf nicht enthalten; es wird schwierig sein, den unerwartet hohen Abschluss ohne zusätzliche Kreditaufnahme und ohne Ausweitung der konsumtiven Bundesausgaben zu finanzieren. **UD**

Die Vertreibungsdekrete auf dem Weg nach Europa **überwinden**

Zum Ergebnis der Tagung des Europäischen Rats im Dezember in Kopenhagen erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union eröffnet sich die historische Chance, Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken.

Die Einigung Europas ist das wertvollste Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet die Chance einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten. Maßgeblich für einen Erfolg der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft ist die Einhaltung der vom Europäischen Rat 1993 beschlossenen Kopenhagener Kriterien.

Darin werden von den Beitrittskandidaten unter anderem eine stabile Demokratie, der Schutz von Minderheiten und die Achtung der Menschenrechte gefordert.

Die Kopenhagener Kriterien waren richtungsweisend für den Reformprozess, den die Bewerberländer eingeleitet und vorangebracht haben, um die Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen.



Europa ist Rechts- und Wertegemeinschaft

Die seit Jahren geführte Diskussion über die Benesch-Dekrete, die in diesem Jahr durch die ehrverletzenden Äußerungen des seinerzeitigen tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman über die sudetendeutschen Heimatvertriebenen einen traurigen Höhepunkt erlebt hat, zeigt hingegen, dass wir mit dem Blick auf die Erweiterung Europas als Rechts- und Wertegemeinschaft noch nicht am Ziel sind.

Auf dem Weg dorthin könnten wir weiter sein, wenn sich die Tschechische Republik stärker mit den dunklen Kapiteln ihrer Geschichte auseinandersetzen und die notwendigen Schlüsse ziehen würde. Leicht gemacht wird der tschechi-

schen Seite diese Form der Geschichtsverweigerung durch die rot-grüne Bundesregierung, die sich schlicht weigert, die Belange der Heimatvertriebenen Deutschen zu vertreten.

Artikel 49 Abs. 1 des Vertrages über die Europäischen Union (EUV) verpflichtet die Mitgliedstaaten, dem Beitrittsgesuch eines europäischen Staates nur dann zuzustimmen, wenn dieser die in Artikel 6 Abs. 1 EUV genannten Grundsätze, darunter den der Rechtsstaatlichkeit, achtet.

Die Nichtaufhebung der Vertreibungsdekrete gibt einer politischen Grundhaltung Ausdruck, die nicht mit Art. 6 EUV vereinbar ist und die gegen das Miteinander verschiedener Nationalitäten gerichtet ist.

Insbesondere die fort-dauernde Geltung des als „Straffreistellungsgesetz“ bezeichneten Gesetzes Nr. 115 aus dem Jahr 1946 in der Tschechischen Republik stellt vor dem Hintergrund des in Art. 6 Abs. 1 EUV normierten Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit einen Verstoß dar.

MIT SCHWEREN Belastungen für ihre Haushalte rechnen die ostdeutschen Länder und Kommunen nach der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst. Horst Metz, Finanzminister in Sachsen: „Wir sind bis an die äußerste Grenze des Vertretbaren gegangen.“ Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer hat den Abschluss als „zu hoch und unfair“ für die ostdeutschen Länder kritisiert.

NUR NOCH JEDER zweite Deutsche spart. Das hat eine Emnid-Umfrage im Auftrag des Verbands der privaten Bausparkassen ergeben. In Zahlen: 53 Prozent der Verbraucher haben im vergangenen Jahr Geld für eine Kapitalanlage oder den Kauf größerer Konsumgüter zurückgelegt. In 2001 waren es noch 55 Prozent. Nach wie vor an erster Stelle unter den Sparzielen steht das Sparen für die Altersvorsorge.

DIE MEISTEN Deutschen rechnen mit einer deutlich höheren Rente, als sie später tatsächlich bekommen. Wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ermittelt hat, überschätzt sogar jeder vierte die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung um mehr als 50 Prozent.

HELMUT KOHL wird Ehrenbürger seiner Heimatstadt Ludwigshafen. Das kündigte Oberbürgermeisterin Eva Lohse an: „Der ehemalige Bundeskanzler gehört unbestreitbar zu den ganz großen politischen Gestalten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.“

SELBSTSTÄNDIGE sorgen in Deutschland weit mehr für ihr Alter vor als abhängig Beschäftigte. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hatten im April 2001, also vor Einführung der sog. Riester-Rente, 65 Prozent der Selbstständigen mit Beschäftigten und 50 Prozent ohne Beschäftigte mindestens eine private Lebens- oder Rentenversicherung. Insgesamt hat ein Drittel der Bundesbürger über 14 Jahre auf diese Weise vorgesorgt.

FAST JEDEN DRITTEN Euro ihres Nettoeinkommens müssen Haushalte in Nordrhein-Westfalen für Miete ausgeben. Nach Angaben der Düsseldorfer Landesbank liegt die Belastung von Alleinerziehenden, Kinderreichen und Wohngeldbeziehern sogar noch deutlich darüber. Mietrückstän-

FRIEDRICH BOHL, früherer Chef des Bundeskanzleramts, ist zum Vorsitzenden des Deutschen Unternehmerverbands gewählt worden. Bohl folgt dem früheren hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann, der diese Aufgabe aus Gesundheitsgründen abgegeben hat.

de bei den Wohnungsunternehmen haben sich entsprechend seit Mitte der 90-er Jahre verdoppelt.

DER PRO-KOPF-Verbrauch beim Strom lag 2001 in Deutschland bei 6.160 Kilowattstunden: genau die Hälfte dessen, was laut Statistik die US-Bürger verbrauchen. Nummer eins sind die Norweger mit 25.000 Kilowattstunden, letzte die Portugiesen mit 4.090.

IN DEN ERSTEN ZEHN Monaten des vergangenen Jahres hat die SPD fast 23.000 Mitglieder verloren. Damit setzte sich der seit Jahren andauernde Abwärtstrend bei den Sozialdemokraten ungebrochen fort. Insgesamt besitzen derzeit 695.000 Männer und Frauen ein SPD-Parteibuch. Vor 20 Jahren war es immerhin noch eine Million. **UD**

FRIEDBERT PFLÜGER:

Umfallen auf Raten in die richtige Richtung

Am 27. Januar wird dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein umfassender Bericht über die Waffeninspektionen im Irak vorgelegt. Die Sicherheitsratsmitglieder werden sich dann auch mit der Frage eines eventuellen militärischen Vorgehens gegen den Irak befassen. Die Bundesregierung, die seit 1. Januar in diesem Gremium vertreten ist, muss dann Farbe bekennen. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Außenminister schließen nicht aus, dass Deutschland für einen Irak-Krieg stimmen könnte.

Das von Rot-Grün im Wahlkampf erklärte kategorische „Nein“ zu einem Krieg gegen den Irak bröckelt schon seit langem, eine Zustimmung im Sicherheitsrat wäre nur noch das iTüpfelchen des Umfallens auf Raten. Damit versucht die Bundesregierung aus der internationalen Isolation herauszukommen, in die sie Deutschland mit ihrer Irak-Politik hineinmanövriert hat, und sich wieder an die europäischen Bündnispart-



BUNDESREGIERUNG HAT LÄNGST BETEILIGUNG AM IRAK-KRIEG ZUGESAGT

ner und die USA anzukoppeln. Das ist auch dringend notwendig. Der Gewichtsverlust unseres Landes durch die verfehlte rot-grüne Irak-Politik ist enorm.

Vor die Alternative gestellt, international noch mehr an Vertrauen und Einfluss zu verlieren oder die eigenen Wähler zu betrügen, hat sich die rot-grüne Bundesregierung für letzteres entschieden. Peinlich bleibt, dass die Bundesregierung dies nicht zugeben will und es stattdessen vorzieht, durch immer neue Wort- und Rechtsverdrehungen zu lavieren.

Zustimmung im VN-Sicherheitsrat

Heute möchte der Bundeskanzler am liebsten nicht mehr an seine Wahlkampf-Aussage vom 5. August letzten Jahres in Hannover erinnert werden, als er mit Blick auf ein mögliches militärisches Vorgehen gegen den Irak sagte: „Es ist wahr, wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg. Spielereien mit Krieg und militärischer Intervention – das ist mit uns nicht zu machen. Dieses Land wird unter meiner Führung Abenteuer nicht zur Verfügung stehen.“ Deutschland würde sich auch nicht an der Finanzierung eines solchen Krieges beteiligen. „Die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig vorbei“ (FAZ 6. August 2002)

Der damalige SPD-Generalsekretär und heutige Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering ergänzte: „Wir lassen uns nicht in Kriegsabenteuer verwickeln, wir machen einen deutschen Weg und lassen uns nicht

vereinnahmen“ (FAZ-Business-Radio 5.8.02). Am gleichen Tag erklärte Müntefering, dass das SPD-Präsidium unabhängig davon, ob ein Mandat des VN-Sicherheitsrates vorliege, eine Beteiligung Deutschlands an einem Krieg abgelehnt habe (FAZ 6.8.02).

Den „deutschen Weg“ Schröders, der Deutschland in die internationale Isolierung geführt hatte, erklärte der Außenminister schon bald nach der Wahl in der britischen Zeitung „The Guardian“ am 15. Oktober für Makulatur mit den Worten: „Forget it: Forget about a German way.“

Und eine Zustimmung im VN-Sicherheitsrat zu den sogenannten „Spielereien mit Krieg und militärischer Intervention“ schließen Bundeskanzler und Außenminister heute auch nicht mehr aus: in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ Ende Dezember 2002 war der Außenminister nicht bereit, sich auf das noch im Wahlkampf erklärte kategorische „Nein“ zu einem militärischen Vorgehen festzulegen. Zum deutschen Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat sagte er auf die Frage, ob Deutschland im Sicherheitsrat gegen einen Irak-Krieg stimmen werde: „Das kann niemand vorher-

sagen, da keiner weiß, wie und unter welchen Begleitumständen der Sicherheitsrat sich hiermit befassen wird.“ Er schloss ein „Ja“ Deutschlands ausdrücklich nicht aus. (Spiegel 30.12.02) Um den Partnern diesen Kurswechsel nachdrücklich deutlich zu machen, wurde das „Spiegel“-Interview an die Mitglieder des VN-Sicherheitsrates verteilt. (SZ 8.1.03)

Einen Tag später schloss sich der Bundeskanzler der Linie Fischers an. Zudem erklärte er in seiner Neujahrsansprache: „Wir Deutsche wissen aus eigener Erfahrung, dass Diktatoren manchmal nur mit Gewalt zu stoppen sind.“

Diese Äußerungen Schröders und Fischers dienen der schrittweisen Vorbereitung von Rot-Grün auf eine Zustimmung Deutschlands im VN-Sicherheitsrat bei einer möglichen Entscheidung für einen militärischen Einsatz gegen den Irak.

Beteiligung an einem möglichen Krieg gegen den Irak

Gebetsmühlenartig behaupten der Bundeskanzler und der Außenminister, Deutschland werde sich nicht an einer militärischen

Aktion gegen den Irak beteiligen. Die Fakten sind jedoch andere. Eine deutsche Beteiligung an einem möglichen militärischen Vorgehen gegen den Irak ist von der Bundesregierung längst zugesagt.

Die Kehrtwende dazu vollzog Fischer während seiner USA-Reise am 31. Oktober, als er gegenüber Journalisten eine bislang unbekannte, äußerst künstliche Unterscheidung zwischen „aktiver“ und „passiver“ Beteiligung formulierte. (FAZ 1.11.02). Ist nicht Beteiligung immer etwas aktives?

■ Überflugrechte und Nutzung der US-Militärbasen:

Doch am 27. November gab Schröder bekannt, dass die Bundesregierung Amerika in einem Irak-Krieg passiv unterstützen werde. Auch dann seien die Überflug- und Transitrechte für das amerikanische Militär über und durch Deutschland garantiert, die Nutzung amerikanischer Militäreinrichtungen sei gesichert.

■ Schutz von US-Einrichtungen:

Zum Schutz amerikanischer Militäreinrichtungen im Falle eines militärischen Vorgehens gegen den Irak

will die Bundesregierung, so erklärte sie am 20. Dezember, bis zu 2000 Bundeswehrsoldaten zur Verfügung stellen – was eine aktive Beteiligung darstellen würde. Bei militärischen Auseinandersetzungen sind nicht nur die Soldaten an der Einsatzfront beteiligt, sondern auch diejenigen, die in der Heimat beispielsweise Schutzaufgaben wahrnehmen. Und zu diesen Schutzaufgaben will Bundesregierung nicht Polizisten, sondern Soldaten zur Verfügung stellen!

■ Regionale Luftabwehr:

Die USA hatten die Bundesregierung zudem um Hilfe bei der regionalen Flugabwehr im Krisengebiet gebeten. Der Bundeskanzler holte daraufhin eine alte, nie beantwortete Anfrage Israels an die Bundesregierung aus den Akten und erklärte, Israel im Falle eines Angriffs Saddam Husseins Patriot-Flugabwehrraketen zur Verfügung zu stellen. Das war der Versuch, dem US-Hilfeersuchen stattzugeben, ohne eine direkte Zusage den Amerikanern machen zu müssen..

■ AWACS:

Am 12. Dezember ging der Bundeskanzler noch darüber hinaus: Er sagte den Amerikanern zu, dass die deutschen

Soldaten im Falle eines Militärschlages gegen den Irak nicht aus den AWACS-Aufklärungsflugzeugen abgezogen werden sollen. Diese Zusage ist zu begrüßen, weil sonst ein Drittel dieser Flugzeuge nicht mehr einsetzbar wäre. Das wäre eine dramatische Schwächung des Bündnisses.

Aber die Begründung des Bundeskanzler für seine Zustimmung, diese Flugzeuge würden nur zum Schutz des Bündnispartners Türkei eingesetzt werden und seien „keine Instrumente, mit denen man operativ Krieg führen kann“ (ARD 11.12.02), ist entweder eine Irreführung der Bevölkerung oder ein Zeichen erschreckender Unkenntnis: Die Soldaten in diesen Flugzeugen klären nicht nur auf. Zu der Besatzung gehören Jägerleitoffiziere, die auch Zielzuweisungen geben, die wiederum Grundlage der US-Einsatzplanung ihrer Kampffjets sind. Und das ist nichts anderes als eine aktive Beteiligung an einem Kampfeinsatz. Oder sollen die deutschen Soldaten etwa in dem Moment, wo solche Feuerleitbefehle gegeben werden, den Befehl verweigern oder mit dem Fallschirm abspringen?

Der sachkundige SPD-Abgeordnete Gernot Erler

hat diese Problematik besser erkannt als sein Kanzler. Für ihn stellt die Beteiligung deutscher Soldaten in den AWACS-Maschinen das Überschreiten einer „roten Linie“ dar, die in der deutschen Irak-Politik nicht überschritten werden dürfe. „Eine Beteiligung mit Soldaten überschreitet die rote Linie.“ (Berliner Zeitung 10.12.02)

■ ABC-Einheiten:

Auch bei den ABC-Einheiten hat es bereits einen Kurswechsel gegeben: Noch im Wahlkampf hatte Verteidigungsminister Struck gesagt, dass diese Einheiten „abgezogen werden müssten, wenn die Gefahr besteht, dass unsere Soldaten in eine kriegerische Auseinandersetzung gegen den Irak verwickelt würden“ (Berliner Zeitung, 30.8.02). Seit Mitte Oktober erklärt die Bundesregierung, die ABC-Einheiten würden in Kuwait auch im Falle eines Irakkrieges stationiert bleiben. Verteidigungsminister Struck: „Ein Abzug der Spürpanzer wäre außenpolitisch fatal.“ (FAZ 17.10.02) Sie würden aber auf keinen Fall im Irak eingesetzt werden. Doch niemand glaubt, dass diese Einheiten im Wüstensand stehen bleiben und zuschauen, wenn amerika-

nische Soldaten mit B- oder C-Kampfstoffen angegriffen werden sollten und Hilfe brauchen.

Wir sind politisch nicht frei, in einer solchen Situation „Nein“ zu sagen. Denn zutreffend ist das, was der Bundeskanzler bereits im März letzten Jahres in einem vertraulichen Gespräch mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden laut Sitzungsprotokoll gesagt hat: Selbst bei einem „unilateralen Vorgehen“ der Vereinigten Staaten gegen den Irak würden die deutschen Panzer in Kuwait bleiben und dort gegebenenfalls eingesetzt. Schröder fuhr damals fort, niemand kann die Konsequenzen „für das deutsch-amerikanische Verhältnis der nächsten 30 bis 50 Jahre verantworten“, falls die Spürpanzer abgezogen würden und es dann tatsächlich zum Einsatz von ABC-Waffen kommen sollte. (FAZ 30.8.02)

Dass die Bundesregierung trotz dieser zugesagten Formen der militärischen Unterstützung behauptet, es werde keine deutsche Beteiligung an einer militärischen Aktion geben, ist grobe Wählertäuschung. Das scheint nun auch Rot-Grün klar geworden zu sein. Dennoch wird weiter versucht herumzulavieren: So definierte der Außenminister in

seinem „Spiegel“-Interview Beteiligung dahingehend, dass „wir stets klar gemacht (haben), dass wir keine Soldaten schicken werden“ (Spiegel 30.12.02).

Wenige Tage später wurde ihm vom außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen, sekundiert: „Sollte es zum Krieg kommen, wird kein einziger deutscher Soldat aktiv auf Iraki schießen und keiner auf Irak Bomben werfen. Das wäre Beteiligung.“ (Frankfurter Rundschau 6.1.03)

Abgesehen davon, dass niemand Deutschland um Kampftruppen oder um Bombenflugzeuge gebeten hat, kann Beteiligung doch nicht bedeuten, dass nur kämpfende Bundeswehrosoldaten oder Bomber eine Beteiligung darstellen. Auch diejenigen beteiligen sich, die Überflugrechte, Logistik, Material (wie Flugabwehrsysteme) oder Soldaten zum Schutz von US-Einrichtungen im Vorfeld oder während eines Krieges zur Verfügung stellen.

Auch am Bau eines großen Hauses sind ja nicht nur die Bagger- und Kranführer, Maurer, Zimmerleute, Fliesenleger oder Klempner beteiligt. Beteiligt sind auch diejenigen, die man nicht direkt auf der

Baustelle sieht – die Architekten, Bauzeichner, Logistiker, Lieferanten, auch der Sicherheitsdienst, der die Baustelle gegen Unbefugte absichert, oder der werkseigene Sanitätsdienst.

Das „Nein“ zu einem Irak-Krieg wird voraussichtlich noch weiter abbröckeln: In der Logik der Äußerung Weisskirchens liegt, dass von Rot-Grün im Falle eines Irak-Krieges über die bereits zugesagten Formen der Beteiligung hinaus mit Ausnahme von Kampfsoldaten und Bombenflugzeugen auch weitere Möglichkeiten einer deutschen Unterstützung nicht ausgeschlossen werden – beispielsweise Sanitäts-Hilfe einschließlich fliegende Intensivstation Medevac oder die in Kuwait stationierten ABC-Einheiten.

Deutschland wird ab Februar den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne haben. Es übernimmt damit eine große Verantwortung. Um diese schwierige Aufgabe erfolgreich erfüllen zu können, bedarf es nicht nur diplomatischen Verhandlungsgeschicks, sondern auch besonderer Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. In diesem Sinne muss die Bundesregierung endlich ihr Lavieren und ihre Täuschungsmanöver aufgeben. **UD**

Nicht reden, sondern **handeln!**

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert, hat ein weltweites Klonverbot gefordert:

Die Ankündigung der Firma „Clonaid“, in den USA sei erstmals ein geklonetes Kind zur Welt gekommen, zeigt, wohin eine Forschung ohne ethische Grenzen führt. Es ist damit zu rechnen, dass andere „menschenverachtende“ Forscher auf der Welt ähnliche Versuche durchführen. Um dies zu verhindern, brauchen wir ein weltweites Klonverbot – und zwar sofort.

Die Bundesforschungsministerin hatte bereits im August 2001 angekündigt, dass sie sich auf internationaler Ebene für ein weltwei-



tes Klonverbot einsetzen wolle. Die mit deutschem Votum erfolgte Vertagung des betreffenden Ausschusses der Vereinten Nationen zur Erarbeitung eines Papiers zum weltweiten Klonverbot auf den 29. September 2003 wird von der Forschung genutzt, um Fakten zu schaffen. Die Politik muss jetzt handeln, wenn sie nicht nur hilflos auf die Forschung und ihre Ergebnisse reagieren will. Die Bundes-

regierung muss dies gegenüber der Weltgemeinschaft federführend zum Ausdruck bringen.

Wenn Forscher die rechtsfreien Räume ohne Rücksicht auf ethische Schranken nutzen, dann kommt jede Empörung beispielsweise aus Kirche, Politik und Ärzteschaft zu spät. Die Regelung eines weltweiten Klonverbotes für Menschen durch die Vereinten Nationen muss jetzt vereinbart werden.

Der Verstoß gegen den Schutz der Würde des Menschen beginnt mit der Forschung an embryonalen Stammzellen und erreicht mit dem therapeutischen Klonen und dem Klonen von Menschen eine neue schreckliche Dimension.



Der Evangelische Arbeitskreis hat einen neuen Bundesgeschäftsführer: Am 3. Februar wird der 34-jährige Berliner **Christian Meißner** seine Arbeit aufnehmen. Er studierte evangelische Theologie an den Hochschulen in Berlin, Erlangen und Heidelberg. Nach der Beendigung der Vikariatszeit arbeitet er als evangelischer Religionslehrer in Berlin und als Krankenhausseelsorger in der Landesklinik Teupitz.



Seit dem 1. Oktober ist **Sigrid von Köller-Pernice** Bundesgeschäftsführerin der Senioren-Union. Bei der Gründung der Vereinigung 1988 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Senioren-Union in Bonn. Ihre künftigen Aufgaben sieht sie vor allem in einer medienwirksamen Öffentlichkeitsarbeit sowie darin, die Anliegen der Senioren in den politischen Gremien und im vorpolitischen Raum zu vertreten.

ANGELA MERKEL:

Die CDU trauert um Wilfried Hasselmann

Mit Wilfried Hasselmann verlieren die CDU in Niedersachsen und die CDU Deutschlands einen Politiker, der über Jahrzehnte hinweg das Bild der Union geprägt und sie in seiner Person höchst glaubwürdig verkörpert hat.

Sein Reden und sein Handeln vermittelten stets die Gewißheit, dass er Politik in großer Nähe zu den Menschen und aus ungekünstelter Liebe zu seiner niedersächsischen Heimat gestaltete. Wilfried Hasselmann machte Politik stets mit kühlem Kopf, aber immer auch mit glühendem Herzen – und nie ohne Humor.



Er verfügte über die selten gewordene Gabe, seinen Hörern mit mitreißendem Temperament, in einfachen Worten und in einer zugleich sehr anschaulichen Sprache politische Sachverhalte nahezuzubringen und werbend für seine Positionen einzutreten. Kaum einer konnte sich der

Wirkung seiner unmittelbaren und mitreißenden Überzeugungskraft entziehen.

Die CDU schuldet Wilfried Hasselmann über den Tod hinaus Dank dafür, dass er uneigennützig und stets hoch engagiert seine Talente in ihren Dienst gestellt hat. Ihm ist es zu verdanken, dass die CDU in Niedersachsen schlagkräftig und damit regierungsfähig wurde.

Als Mensch und als Politiker verdient er unseren uneingeschränkten Respekt. Die CDU wird Wilfried Hasselmann stets ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.

Wilfried Hasselmann war Landesvorsitzender der Partei von 1968 bis 1990. Bis in die letzten Tage hinein hat er an allen wichtigen Gremiensitzungen teilgenommen, und auch bei Veranstaltungen im Rahmen des Landtagswahlkampfes hat er sich engagiert.

Von der 5. bis zur 12. Wahlperiode war der Oberst d. R. Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags. Nachdem er bereits von 1965 bis 1970 niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewesen war, führte er die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag von 1970

bis 1976. Nach dem Regierungswechsel 1976 war er 10 Jahre lang niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten und von 1986 bis 1988 Minister des Innern. In der Zeit von 1978 bis 1988 war er zudem stellvertretender Ministerpräsident Niedersachsens.

Wilfried Hasselmann engagierte sich früh in der Deutschen Landjugend, deren Bundesvorsitzender er von 1962 bis 1969 war. Er gehörte der 17. und 18. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover an.

UD



Am Kern der hohen Erwerbslosigkeit vorbei

Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Eine Trendwende erwartet der Chef der Bundesanstalt für Arbeit frühestens im Herbst. Dann soll jedoch endgültig Schluss sein mit der Katerstimmung. Das jedenfalls verspricht der Bundeswirtschaftsminister und setzt dabei auf eine sich erholende Weltwirtschaft und die Hartz-Gesetze. Doch die Hartz-Gesetze reichen nicht aus, um die Probleme zu beseitigen. Die Regelungen optimieren lediglich die Vermittlung. An den Kern der hohen Erwerbslosigkeit gehen sie nicht heran. Dazu müssten die Starrheiten des Arbeitsmarkts – etwa die unflexiblen Flächentarife, die zwar die Beschäftigten schützen, die Arbeitslosen jedoch diskriminieren – aufgebrochen werden

Offenbach-Post

Dank Riester

Zur vollen Wahrheit gehört, dass die deutsche Wirtschaft

die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt dank glänzender US-Konjunktur lange ignorieren konnte. Die Exportlokomotive stand noch unter Dampf, als in der Binnenkonjunktur schon die Lichter ausgingen. Dennoch durfte der vormalige Arbeitsminister Riester Programme auflegen, die zwar dem Ideal gewerkschaftlicher Ökonomie entsprechen, den Mittelstand aber sukzessive strangulierten. Die von vielen Arbeitnehmern gefeierte Reform der Betriebsverfassung kostete Hunderttausende Arbeitsplätze, und die dank Riester zusätzlich freigestellten Betriebsräte beschäftigen sich heute mit der Ausgestaltung von Sozialplänen für ihre gekündigten Kollegen.

Norwest-Zeitung

Wir brauchen Taten, der Bedarf an großen Worten ist gedeckt

Wie in der Natur herrschen auch am Arbeitsmarkt ungewohnte Minusgrade. Mehr noch als der eisige Winter dürfte die frostige Stimmung

in vielen Unternehmen zu Beginn dieses Jahres dazu beitragen, dass das jetzt erreichte Fünf-Jahres-Hoch bei der Erwerbslosenzahl im ersten Quartal überboten wird. Florian Gerster liegt gewiss nicht falsch, wenn er erwartet, dass das konjunkturelle Tauwetter am Arbeitsmarkt frühestens im Spätsommer oder Herbst einsetzt. Doch selbst dazu bedarf es eines Stimmungsumschwungs im Land, der allein dadurch zu erreichen ist, dass die Politik schnell mit Taten überzeugt. Der Bedarf an großen Worten wie „Halbierung“ oder „Vollbeschäftigung“ ist gedeckt.

Neue Osnabrücker Zeitung

Die Regierung muss mutige Zeichen setzen

Der Arbeitsmarkt wird nicht auf die Beine kommen, wenn die Wirtschaft und die Konjunktur nicht auf die Beine kommt. Und auf diesen Aufschwung kann die Bundesregierung nicht weiter schicksalsergeben warten, sie muss mutige Zeichen setzen. Ein bisschen Hartz und



„Das Land braucht einen radikalen Kurswechsel“

eine Prise Mittelstandsförderung sind zu wenig. Um Aufbruchstimmung und Vertrauen in die Zukunft zu begründen, muss geklotzt und nicht gekleckert werden.

Offenburger Tageblatt

Arbeitslosigkeit droht zum Sprengsatz zu werden

Das Land ist dabei, in Lethargie zu fallen. Es braucht einen radikalen Kurswechsel. Es kann doch nicht sein, dass sich die Republik an den Dauerzustand von vier Millionen Erwerbslosen – und mehr – gewöhnt und dann zur Tagesordnung übergeht. Sonst droht die Arbeitslosigkeit eines Tages zu einem sozialpolitischen Sprengsatz mit verheerender Wirkung zu werden. Es ist Aufgabe der Politik, die Explosion dieses Sprengsatzes zu verhindern.

Schwarzwälder Bote

Tief greifende Reformen sind nötig

Neben sattem bekannten Verkrustungen macht sich auf dem Arbeitsmarkt eine neue Verunsicherung bemerkbar. Das Hartz-Hickhack hat Erwerbslose, Vermittler und Firmenchefs verstört. Bis Ende Dezember war offen, welche der – für Betroffene – zum Teil bedeutenden Änderungen kommt. Jetzt sieht man zwar klar – doch Wirkung wird sich so schnell nicht zeigen. Aktionismus hilft dem Arbeitsmarkt nichts. Tief greifende Reformen sind nötig.

Mannheimer Morgen

Lautes Pfeifen im dunklen Wald

Der traurige Dezember-Höchstwert der offiziellen Arbeitslosenstatistik zeigt

zum einen, dass die rot-grünen Arbeitsmarktreformen der letzten vier Jahre die Malaise nicht gelindert, sondern im Gegenteil noch verschlimmert haben. Der Zweckoptimismus des Superministers und des Chefs der Nürnberger Bundesanstalt ist nichts als lautes Pfeifen im dunklen Wald.

Mittelbayerische Zeitung

Eine abenteuerliche Geisterfahrt

Eichel kann bei auch nur anhaltendem Trend seinen Haushalt gleich wieder in den Reißwolf werfen, wenn nicht endlich, endlich der schon so oft herbeigehoffte Konjunkturaufschwung kommt. Mit Mittelchen zur besseren Verwaltung der Arbeitslosigkeit wird man ihn auch nicht locken können. Die Arbeitslosigkeit bleibt der Offenbarungseid der Regierung. Monat für Monat wird er neu abgelegt. In einem Land, dessen Sozialsysteme auf dem Faktor Arbeit aufbauen, eine abenteuerliche Geisterfahrt.

Mindener Tageblatt



FU-Pflegestift

Bestell-Nummer: **9993**
20 Stück: 25,00 €
 (inkl. MwSt.: 29,00 €)



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9930**
50 Stück: 25,00 €
 (inkl. MwSt.: 29,00 €)

Haftnotizblock

Bestell-Nummer: **9992**
20 Stück: 9,50 €
 (inkl. MwSt.: 11,02 €)



FU-Broschüre „Internet Guide“ mit aktuellem Schulerienkalender

Bestell-Nummer: **5791**
25 Stück: 12,00 €
 (inkl. MwSt.: 13,92 €)



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
 – IS-Versandzentrum –
 Postfach 1162,33759 Vermold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
 Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Plakat
„Steuererhöhungen
ziehen wir nicht in
Betracht“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7987**
Preis je
50 Stück: 25,00 €
inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **7988**
Preis je
50 Stück: 37,50 €
inkl. MwSt.: 43,50 €



Klappkarte
„Steuererhöhungen
ziehen wir nicht in
Betracht“

Bestell-Nummer:
9985
Preis je **100 Stück:**
20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €



Plakat
„Es ist nicht mehr
zu ertragen“

DIN A 1
Bestell-Nummer: **7009**
Preis je **50 Stück: 19,00 €**
inkl. MwSt.: 22,40 €

DIN A 0
Bestell-Nummer: **7010**
Preis je **50 Stück: 28,75 €**
inkl. MwSt.: 33,35 €



Broschüre
„Das kostet Sie Rot-Grün“

Bestell-Nummer: **5999**
Preis je **100 Stück: 13,50 €**
inkl. MwSt.: 19,95 €



Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.

Aktionszeitung

Besser für die Menschen. CDU

Es ist nicht mehr zu ertragen!

200 Euro weniger im Monat – dank Rot-Grün!
Seite 2

Kampagne der CDU für eine bessere Politik
Seite 3

Wir setzen auf die Menschen
Interview mit Angela Merkel
Seite 4

Der CDU-Plan:
So geht es wieder aufwärts
Seite 4

So sauer macht Rot-Grün

Die Menschen Angela Merkel

Stichwort: Irak

Deutschland - der CDU-Plan

Die CDU ist eine Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht.

Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht.

Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht.

Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht. Die CDU ist die Partei der Mitte, die für den Fortschritt und die Gerechtigkeit steht.

Aktionszeitung
 „Besser für die Menschen“

Bestell-Nummer: 1013
 Preis je 100 Stück: 6,75 €
 (inkl. MwSt.: 7,22 €)